

Was bedeutet Solidarität für eine gute Zukunft?

Dr. Ursula Engelen-Kefer

(Ehem. Stellvertretende Vorsitzende des DGB)

Im Politlexikon wird „Solidarität“ definiert als *„Prinzip ... gegen die Vereinzelung und Vermassung“* sowie die Betonung der Zusammengehörigkeit, *„d.h. die gegenseitige (Mit)verantwortung und (Mit)verpflichtung“* - *„auf der Grundlage gemeinsamer politischer Überzeugungen, wirtschaftlicher und sozialer Lage“* oder sonstiger Gemeinsamkeiten.

Das in unserem Grundgesetz Art. 20 Abs. 1 Satz 1 enthaltene Sozialstaatsgebot gründet auf diesem Prinzip der Solidarität. Darin heißt es *„Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat“*. Damit sind Gesetzgeber, Rechtsprechung und Verwaltung verpflichtet, nach sozialen Gesichtspunkten zu handeln. Ebenfalls zu berücksichtigen ist hierbei der Art. 14 GG: *„Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen“*.

Konkrete Ausprägungen dieses Solidaritäts- und Sozialstaatsprinzips in unserer Gesellschaftsordnung sind die gesetzlichen sozialen Sicherungssysteme sowie das Arbeits- und Sozialrecht und ihre jeweiligen Institutionen und Akteure.

Wenn ich heute hierüber zu Ihnen sprechen möchte, kann ich dies nicht nur aus konzeptioneller Erkenntnis tun, sondern aus jahrzehntelanger praktisch-politischer Erfahrung an der Spitze des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Sozialdemokratischen Partei.

Beide Institutionen in unserem Sozialstaat sind von ihren Wurzeln und ihrer Programmatik her den Prinzipien von Solidarität und Sozialstaat besonders verbunden.

Mir war es bereits im Studium der Volkswirtschaftslehre ein besonderes Anliegen, Arbeitnehmer nicht nur als Produktivkräfte und Kostenfaktoren zu sehen und zu bewerten, sondern als Menschen mit vielfältigen Interessen. Dies war immer die Grundlage für meine wissenschaftlichen wie praktisch-politischen Arbeiten während meines gesamten beruflichen und politischen Lebens.

Angesichts der wirtschaftlichen Probleme durch nachlassendes Wirtschaftswachstums seit dem Ende der 1970er Jahre, der fortschreitenden Globalisierung, der ausufernden Staatsverschuldung sowie der ansteigenden Arbeitslosigkeit und nicht zuletzt dem Fall des realen Sozialismus Ende der 1980er Jahre wurden diese Prinzipien der Solidarität immer mehr in die gesellschaftliche und politische Schmutz-Ecke gestellt. Der Sozialstaat und insbesondere die solidarischen Sozialversicherungssysteme wurden zu den Verursachern der steigenden Massenarbeitslosigkeit abgestempelt.

Nach dem unerwarteten Glücksfall der Deutschen Einheit gab es zunächst eine mehrjährige Ruhepause: Mit Hilfe der sozialstaatlichen Leistungen, die weitestgehend von West nach Ost und damit auf Gesamtdeutschland übertragen wurden, konnte dieses einmalige historische Ereignis trotz massiver Strukturumbrüche zunächst im Osten trotz massiver Vernichtung von Arbeitsplätzen friedlich bewältigt werden. Als dann auch im Westen die

Arbeitslosigkeit erheblich anstieg und die öffentlichen Schuldenberg wuchsen, wurden Sozialstaat und soziale Sicherung immer mehr zu Schuldigen für die Wirtschafts- und Beschäftigungskrise abgestempelt.

Es folgten ab Mitte der 1990er Jahre massive Einschnitte in das soziale Netz durch die schwarz-gelbe Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl sowie die rot-grüne Bundesregierung mit Bundesskanzler Gerhard Schröder. Höhepunkte waren die Einschränkung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall zur Endzeit der Regierung Kohl sowie die Riester-Rentenreform und Hartz IV unter der Regierung Schröder. Dies waren massive Paradigmenwechsel des Prinzips von Solidarität und Sozialstaat.

Wieweit sie dazu beigetragen haben, in der konjunkturellen Aufschwungphase 2006 bis 2008 die Beschäftigung zu verbessern und die Arbeitslosigkeit abzubauen, wird die Geschichte beweisen.

Was jedoch bereits jetzt klar zu Tage tritt, ist die Durchlöcherung des Prinzips der Solidarität auf dem Arbeitsmarkt und bei der sozialen Sicherung: Unstrittig ist die explosionsartige Zunahme von Niedriglöhnen, prekärer Beschäftigung, Armut bei Arbeit und im Alter.

Selbst namhafte internationale Institutionen wie die OECD, die EU und die ILO weisen immer wieder darauf hin, dass die Bundesrepublik hierbei inzwischen am unteren Ende der europäischen und weltweiten Vergleiche steht und diese Spirale nach unten in kürzester Zeit stattgefunden hat.

Diese soziale Spaltung unserer Gesellschaft wird weiter verschärft durch die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise, die wir bislang dank unserer sozialen Sicherungssysteme sowie des sozial- und arbeitsrechtlichen Schutzes trotz seiner jahrelangen Durchlöcherung immer noch erheblich besser bewältigen konnten als viele andere vergleichbare Länder.

Mein Buch über fast vier Jahrzehnte Einsatz für die Gewerkschaften und ihre Sozialpolitik hätte daher zu keinem geeigneteren Zeitpunkt kommen können.

Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise führt uns mit aller Deutlichkeit vor Augen: Es geht schon längst nicht mehr um einen „Betriebsunfall“ eines übersteigerten Finanzkapitalismus, der durch Reparaturen wieder behoben werden kann.

Es geht vielmehr darum, **ob die Kräfte der Selbstzerstörung im Kapitalismus aufgehalten werden können und eine grundsätzliche Umsteuerung zu seiner sozialen Gestaltung gelingen kann.**

Es geht vor allem aber auch um die Zukunftsfähigkeit der Demokratie als Staats- und Gesellschaftssystem. Nur auf sozialen Fundamenten kann die Demokratie ihren maßgeblichen Wertmaßstab - die Achtung der Würde des Menschen - verwirklichen. Die derzeitige Krise ist daher auch und in erster Linie eine Wertekrise in unserer Gesellschaft.

Politische Zeitenwende für eine gute Zukunft

Als Sozial- und Arbeitsmarktpolitikerin in den Gewerkschaften habe ich mich für die Gestaltung wesentlicher Elemente des „Sozialen“ in der „sozialen Marktwirtschaft“ eingesetzt. ,

Dabei habe ich mich über die Jahre zunehmend von meinem eigenen Kompass der sozialen Verantwortung und Solidarität leiten lassen. Ich glaubte und glaube weder an die Orientierung des Menschen auf den Erwerb immer mehr materieller Güter im Kapitalismus, noch an den „guten“ Menschen und seine Bereitschaft zum grenzenlosen Teilen im Sozialismus. Deshalb suchte ich einen eigenen Weg, der den Menschen mit allen seinen Stärken, aber auch Schwächen und Widersprüchen, in den Mittelpunkt stellt.

Deutschland steht in der globalisierten Welt vor einer „Zeitenwende“:

Wird es gelingen, die entgrenzten und enthemmten weltweiten Geld- und Kapitalmärkte unter Kontrolle zu bringen;

Wird es gelingen, die ungezügelte Gier nach Geld und Macht in den Top-Etagen des Managements zu brechen;

Wird es gelingen, die ökologisch dringend erforderlichen Veränderungen in unseren Produktions- und Konsumstrukturen nachhaltig umzusetzen;

Wird es uns gelingen, den Menschen in unseren Ländern immaterielle Werte über den Sinn des Lebens zu vermitteln und die Millenniumsziele für das humane Leben und Überleben in den Entwicklungsländern zu ermöglichen;

Wird es uns gelingen, den jungen Menschen in unseren Ländern überhaupt lebenswerte Perspektiven und Zukunftschancen zu vermitteln.

Nur dann werden wir mit Fug und Recht sagen können: In jeder Krise liegt auch eine Chance.

Es ist mithin die rechte Zeit, auf die vergangenen fast vierzig Jahre eines hohen Einsatzes für die gewerkschaftliche Sozialpolitik zurückzublicken. Dies soll nicht „anklagend“ oder „beckmesserisch“ geschehen. Dafür ist die Lage zu ernst. Es geht mir um eine ungeschminkte Darstellung meiner Erfahrungen auf dem Weg an die Spitze der Gewerkschaften und des dortigen Balanceaktes in dünner Luft.

Gleichstellung-Anspruch und Wirklichkeit

Darüber hinaus habe ich mich als Frau in einer typischen Männerdomäne -den Gewerkschaften- durchsetzen müssen. Ich bin mit der realitätsfernen Vorstellung in mein Berufsleben eingetreten, eine Frauenquote sei unnötig und eher diskriminierend. Es komme vor allem auf Leistung an, und die war ich immer bereit, zu erbringen. Sehr bald wurde ich jedoch auf den Boden der Realitäten zurückgeholt. Ich begegnete erheblicher Diskriminierung gegenüber Frauen. Höchstleistungen von Frauen wurden von der Männerwelt ignoriert. Diese Erfahrung machte ich in der Wirtschaft, in der Politik, in staatlichen Verwaltungen, auch in den Gewerkschaften.

Mit solchen Erfahrungen wuchs meine Unterstützung von Frauenquoten in Wirtschaft und Politik. Ich wurde immer mehr vom Saulus zum Paulus einer aktiven offensiven Frauenförderung mit Quotierung.

Jetzt entdecken auch wichtige Funktionsträger in Wirtschaft, Politik und Gewerkschaften ihr Interesse für die Familienförderung. Sie sind besorgt über die rückläufige Zahl der Geburten und Kinder. Hätten sie uns bei unseren Forderungen nach Frauenförderung in Arbeit und Beruf besser unterstützt, hätten Frauen damals auch mehr Mut zu Kindern gehabt.

Die Erfahrung im Ausland zeigt: In Ländern mit hoher Erwerbstätigkeit von Frauen, wie in Skandinavien, aber auch Frankreich, England und den USA, ist die Zahl der Kinder erheblich höher als bei uns.

Wenn wir es uns aber leisten, Frauen mit erheblich schlechteren Löhnen, Arbeitsbedingungen, sozialer Sicherheit sowie mangelnden Aufstiegschancen abzuspeisen - gar nicht zu reden von den völlig unzureichenden Kinderbetreuungsmöglichkeiten - ist es nicht verwunderlich, wenn immer mehr Frauen im Beruf es nicht mehr wagen, Kinder in die Welt zu setzen.

Hier gibt es für die Wirtschaft, die Politik und die Gesellschaft insgesamt noch erhebliche Nachholbedarfe.

Zukunft der solidarischen sozialen Sicherung

Gesetzliche Altersrente

Eigentlich sollte ich jetzt späte Genugtuung empfinden: Als Stellvertretende Vorsitzende des DGB und jahrzehntelang in Führungsfunktionen bei der gesetzlichen Rentenversicherung und der Bundesanstalt/Bundesagentur für Arbeit bin ich viele Jahre lang attackiert und diffamiert worden. „*Heilige Johanna der Sozialkassen*“ war dabei noch eine eher liebevolle Bezeichnung. Härtere Knüppel waren die Diffamierung als „*Mrs Njet*“ als „*Frau Feindbild*“, als „*Besitzstandswahrer*“ oder als „*Betonkopf*.“

Die Angriffe wurden besonders heftig in den Zeiten der öffentlichen Auseinandersetzung um die „*Riester-Rente*“.

Die private Finanzdienstleistungsbranche witterte Morgenluft, als der damalige Bundesarbeitsminister bei „*Rot-Grün*“, Walter Riester, der auch noch aus der Führungsspitze der IG Metall kam, im Auftrag von Bundeskanzler Gerhard Schröder den Paradigmenwechsel bei der gesetzlichen Altersrente mit einer drastischen Absenkung des Rentenniveaus einleitete.

Selbst amtliche Rentenberichte aus Bundesregierung und Deutscher Rentenversicherung Bund können es nicht mehr unter der Decke halten, dass in den nächsten Jahren und Jahrzehnten millionenfache Altersarmut droht.

Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise sollte auch dem letzten Zweifler die Augen öffnen, dass die mit dem Namen Riester eingeleitete Reform der massiven öffentlichen Förderung der privaten kapitalgedeckten Zusatzversorgung keinesfalls ein Ersatz für die grundgesetzlich geschützte gesetzliche Altersrente sein kann.

Der Bundesregierung ist dringend anzuraten, den Riesterfaktor gänzlich abzuschaffen und damit dem ansonsten unweigerlich drohenden massiven Anstieg der Altersarmut entgegenzuwirken.

Reformen auf dem Arbeitsmarkt : Gute Arbeit

Noch drastischer sind die wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Verwerfungen eines Teils der in den letzten Jahren auf den Weg gebrachten so genannten Reformen auf dem Arbeitsmarkt.

Dabei soll keinesfalls gering geschätzt werden: Ein Teil der Arbeitsmarktreformen war überfällig und hat zu dem beachtlichen Anstieg der Beschäftigung und entsprechenden Rückgang der Arbeitslosigkeit in den konjunkturell guten Jahren von Mitte 2006 bis Mitte 2008 beigetragen.

Dies gilt vor allem für die beachtlichen organisatorischen Verbesserungen in der Bundesagentur für Arbeit und ihren regionalen sowie lokalen Gliederungen. In dieser Zeit hat die Bundesagentur ein beachtliches finanzielles Rücklagenpolster anlegen können.

Leider gab es ein weniger erfreuliches Gegenstück bei den Reformen - bekannt unter Hartz IV.

Hierbei hat noch zu Zeiten der Rot-Grünen Koalition die politische Profilierungssucht im übersteigerten Föderalismus dazu geführt, dass eine Lösung der Verantwortlichkeiten bei der überfälligen Zusammenarbeit von Arbeitsagenturen und Kommunen bei der Betreuung Langzeitarbeitsloser nicht zustande kam.

Die bittere Quittung hat uns Ende 2007 das Bundesverfassungsgericht mit seiner Entscheidung präsentiert, dass die Argen grundgesetzwidrig sind und bis Ende 2010 eine verfassungskonforme Lösung verlangt.

Ebenfalls wurden die gesetzlichen Schleusen für die Explosion von befristeter Beschäftigung, Leiharbeit, 400- und Ein Euro Jobs geöffnet.

Das Ergebnis ist erschütternd: Zwar konnte in Zeiten der guten Konjunktur auch die Langzeitarbeitslosigkeit zurückgeführt werden - allerdings um welche hohen Preis: Etwa die Hälfte des Zuwachses der Beschäftigung geht auf das Konto prekärer Arbeitsverhältnisse. Im Vergleich unserer Nachbarländer in Westeuropa halten wir inzwischen die rote Laterne bei Langzeitarbeitslosigkeit, Niedriglohnssektoren, prekärer Beschäftigung, Lohndiskriminierung von Frauen, Armut bei Arbeit, mithin der Spaltung unserer Gesellschaft zu Lasten der so genannten Mitte.

Hinzukommen niedrige Lohnsteigerungen bei ständig wachsenden Anforderungen an die Arbeitsleistung und die Flexibilität der Arbeitnehmer.

In keinem anderen Land ist dieser Spaltungsprozess so rigoros, so tief greifend und so schnell verlaufen wie in Deutschland.

Notwendig sind: „positive“ Reformen auf dem Arbeitsmarkt:

Dazu gehören in erster Linie Arbeitsplätze mit existenzsichernden fairen Löhnen und menschenwürdigen Arbeitsbedingungen.

Hierbei sind ausreichende tarifliche und gesetzliche Mindestlöhne genauso wichtig wie „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ bei Leiharbeit, die grundsätzliche Einbeziehung aller Arbeitsverhältnisse in die Sozialversicherungspflicht, den Ersatz der Ein- Euro Jobs durch öffentliche Beschäftigungsprojekte mit tariflicher oder ortsüblicher Entlohnung und sozialer Sicherung, den Ausbau lebenslanger Qualifizierung.

Die Verlängerung und Erleichterung von Kurzarbeitergeld in der gegenwärtigen Krise hat entscheidend dazu beigetragen, den Anstieg der Arbeitslosigkeit zu begrenzen.

Wenn dies allerdings nicht ausreicht, um Arbeitnehmer vor der Arbeitslosigkeit zu bewahren, müssen weitere Maßnahmen ergriffen werden: z.B. Transfergesellschaften zur Vermittlung und Qualifizierung von Arbeitslosen, Verlängerung der ALG I Leistungen für Arbeitslose, um diese vor dem Absturz in Hartz IV zu bewahren, oder die Fortsetzung der Altersteilzeitregelungen mit der finanziellen Förderung für die Arbeitgeber, wenn diese für die ausscheidenden älteren Arbeitnehmer jüngere Arbeitslose oder Auszubildende einstellen und einen gleitenden Übergang in den Ruhestand vorsehen.

Ich kann nur hoffen, dass diejenigen in Wirtschaft und Politik, die hierüber zu entscheiden haben, sich nicht in endlosen ordnungspolitischen Debatten verzetteln. Die Menschen in Deutschland haben dafür keine Zeit.

Zukunft der Selbstverwaltung

Als Vertreterin des DGB habe ich über viele Jahre diese Entwicklungen an der Spitze der Selbstverwaltungsgremien in der Renten- und Arbeitslosenversicherung aus nächster Nähe erfahren und mitgestaltet. Als es darum ging, so schnell wie möglich die deutsche Sozialeinheit herbeizuführen, haben wir auch als Sozialparteien in den Organen der Selbstverwaltung Herkulesaufgaben gestemmt.

Dabei können wir uns auf die Anfänge der Bundesrepublik stützen. *„Die Selbstverwaltung der Sozialpartner muss an die Stelle staatlicher Bevormundung treten“*. Das sagte Bundeskanzler Konrad Adenauer am 20. September 1949 in seiner ersten Regierungserklärung vor dem erstmals gewählten Deutschen Bundestag. Während der Nazi-Diktatur waren Selbstverwaltung und Vertrauensmänner-Wahlen bei den Sozialversicherungsträgern abgeschafft und das „Leiter-Prinzip“ eingeführt worden. Gesetze, Verordnungen und Leitlinien wurden fortan nur noch „auf Befehl“ erlassen. Eine demokratisch legitimierte Mitwirkung von Versicherten- und Arbeitgeber-Vertretern gab es nicht mehr.

Umso wichtiger war der Aufbau demokratisch legitimierter Selbstverwaltungsgremien in allen Bereichen der sozialen Sicherung. Für die Gewerkschaften und die Arbeitgeber

bedeutete dies die Möglichkeit der unmittelbaren Einflussnahme und Gestaltung bei der praktischen Umsetzung der Sozialgesetze.

Immer wenn ich in den Jahren der heftigen Auseinandersetzung um Reformen und Sozialabbau - mit zum Teil gehässigen Angriffen auf die Selbstverwaltung der Bundesanstalt und jene der anderen Sozialversicherungsinstitutionen konfrontiert war, musste ich an Persönlichkeiten der deutschen Geschichte denken, die in den Selbstverwaltungen für die soziale Sicherung von Millionen Menschen Verantwortung übernahmen. So gehörten Konrad Adenauer wie auch der erste Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Hans Böckler, in der Weimarer Republik dem Verwaltungsrat der „Reichsanstalt“ an. Bis zur Machtübernahme durch die Nationalsozialisten 1933 war dies die Vorgänger-Institution der nach dem Zweiten Weltkrieg zum 1. Mai 1952 mit Sitz in Nürnberg gegründeten „Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung“, aus welcher dann auf der Grundlage des Arbeitsförderungsgesetzes vom 25. Juni 1969 die „Bundesanstalt für Arbeit“ hervorging.

Der Staat muss handlungsfähig bleiben.

Dies gilt ebenso für die zukünftige Steuerpolitik. Die Verkündung neuer Wohltaten durch die Entlastung mit Steuern für Arbeitnehmer und Arbeitgeber ist ein allzu durchsichtiges Täuschungsmanöver insbesondere vor den wichtigen Landtagswahlen in Nordrhein Westfalen im Mai nächsten Jahres. Das jetzt in der schwarz gelben Regierungskoalition beschlossene „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ mit Steuersenkungen bei der Unternehmens- und Erbschaftssteuer sowie der Mehrwertsteuer im Gastgewerbe, der Erhöhung von Grundfreibetrag und Freibeträgen für Kinder, der Erhöhung des Kindergeldes sowie der Kinderzuschläge bei Hartz IV werden sich schnell als Danaer Geschenk herausstellen. Die große Mehrzahl der Menschen in den unteren und mittleren Einkommensbereichen wird dafür teuer bezahlen müssen, dass vor allem die Besserverdienenden und die Hoteliers entlastet werden - mit höheren Beiträgen zur Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung sowie schlechteren Leistungen. Die Kommunen werden finanziell ausgeblutet mit der Folge höherer Abgaben und Gebühren sowie geringerer öffentlicher Leistungen. Für Frauen, Kinder und Familien wird sich dies besonders negativ auswirken. Die vollmundigen Versprechen des Ausbaus der Kinderbetreuung für Kinder über und unter drei Jahren werden in weite Ferne gerückt.

Fazit

Dennoch: Manche Mitbürger mögen Ausmaß und Dramatik der Entsolidarisierung in der „sozialen Marktwirtschaft“ deutscher Prägung noch nicht voll realisiert haben – auch nicht, wie sehr diese auf „hausgemachte“ Entscheidungen der politisch Verantwortlichen beruht. Schon vor Ausbruch der ersten großen Finanz- und Weltwirtschaftskrise des 21. Jahrhunderts dokumentierten die Armutsberichte der Bundesregierung die zunehmende Kluft zwischen arm und reich. Nun macht der neue „Armutsatlas“ der Paritätischen Wohlfahrtsverbände deutlich, wie unterschiedlich der Verarmungstrend einzelne Regionen im vereinten Deutschland in Mitleidenschaft zieht.

Vor diesem Hintergrund muss die Wiederherstellung von mehr Zusammenhalt die neue Kompassnadel für die gesellschaftliche Zukunft sein. Die Denkschrift der beiden Kirchen „für eine Zukunft in Gerechtigkeit und Solidarität“ kann dabei Orientierung bieten. Sie ist aktueller denn je, denn der Markt – so können wir heute mit Schrecken lernen – schafft keinen gesellschaftlichen Zusammenhalt. Der kommt nicht von alleine.

Diesen sozialen Zusammenhalt wieder herzustellen, wo er verloren gegangen ist, und zu sichern, wo er bedroht ist, stellt eine Herausforderung für alle Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, auch für die Gewerkschaften, dar. Nur dann können wir unseren Kindern eine funktionierende Demokratie mit sozialer Fundierung und damit eine gute Zukunft übergeben.